

MEDIENKONFERENZ VOM 15. NOVEMBER 2022

Pierre-Yves Maillard, Präsident SGB

Der unbeachtete soziale Graben der Schweiz

In der Schweiz macht sich eine Kaufkraftkrise breit. Die festen Ausgaben, die für ein gutes Drittel der Bevölkerung ohnehin schon zu hoch waren, steigen weiter an, und zwar mit einer Brutalität, wie es sie in den letzten Jahren nicht gegeben hat. Die Gesundheitssteuer, fälschlicherweise als «Krankenkassenprämie» bezeichnet, wird eine gigantische Summe des Einkommens der Schweizer Bevölkerung verschlingen. Und bereits ist von einem weiteren Anstieg der Mieten aufgrund der Erhöhung des Referenzzinssatzes die Rede. Die Akontozahlungen für die Mietnebenkosten werden nach oben korrigiert werden müssen und mit der nächsten Nebenkostenabrechnung dürften schmerzhaft rückwirkende Zahlungen fällig werden. Angesichts der drohenden sozialen Probleme müssen Arbeitgeber und Behörden aufwachen. In dem unsicheren Umfeld, in dem wir leben, wäre nichts schlimmer als ein drohender allgemeiner sozialer und wirtschaftlicher Abstieg. Die schleichende Abwertung der letzten Jahre muss ein Ende haben: Ein Lohn muss ein angemessenes Leben ermöglichen und eine Ausbildung wie das EFZ angemessen anerkannt werden. Wenn die Löhne nicht an die Lebenshaltungskosten angepasst werden, haben wir nicht nur eine Kaufkraftkrise, sondern riskieren auch einen Konjunkturabschwung und die damit einhergehende Arbeitslosigkeit. Die Behörden müssen nun zeigen, dass sie in der Lage sind, heute genauso schnell zu handeln wie während der Pandemie und nach dem einzigen Prinzip, das unter diesen Umständen Gültigkeit hat: der Solidarität.

Die da oben sagen sich, alles sei nur halb so schlimm. Die Stärke unseres Frankens und ein noch regulierter Energiesektor schützen uns vor einer zu hohen Inflation. Die Arbeitslosigkeit bleibt gering. Aber in der Arbeitswelt, sei es bei den Angestellten, den kleinen Selbständigen oder in verschiedenen Unternehmen, machen sich gravierende Ängste breit. Und vor allem versteht man die Passivität der politischen Behörden nicht. Wenn in einem Haushalt zwei arbeiten, ohne Geld zur Seite legen zu können, und alle Fixkosten noch weiter steigen, bedeutet dies, dass man sich darauf vorbereiten muss, seinen Lebensstandard zu senken, der einem bisher ganz normal erschien. Wenn ein Unternehmen durch eine um das Zehnfache erhöhte Stromrechnung in seiner Existenz bedroht ist und der Bundesrat nichts unternimmt, denkt man, dass die Arbeit von dieser Regierung entschieden schlecht anerkannt wird.

Der SGB hat frühzeitig erkannt, dass dieses Jahr kein Jahr wie jedes andere sein wird. Wir haben unsere Lohnerwartungen bereits vor dem Sommer formuliert. Unsere Forderungen waren stark, aber gerechtfertigt. Auch wenn die Arbeitgeber-Dachverbände in den Medien immer wieder versucht haben, uns zu kontern, haben diese Forderungen in mehreren Branchen zu zufriedenstellen-

den Abschlüssen geführt. Es gibt immer noch Spannungen und es finden derzeit harte Verhandlungen statt, z. B. im Baugewerbe. Aber die Sozialpartner vor Ort machen ihre Arbeit. Wir bekräftigen heute etwas Einfaches: Der Wert der Arbeit muss in der Schweiz wieder angemessen anerkannt werden. Und dazu gehört auch der Lohn. 4'500 Franken für eine Vollzeitstelle, um ein angemessenes Leben führen zu können. 5'000 Franken für diejenigen, die über eine abgeschlossene Berufslehre verfügen, um die Anstrengungen der Ausbildung und die Qualität, die sie mit sich bringt, anzuerkennen. Es ist schon merkwürdig: Ganze Zeitungsseiten werden mit Projekten zur «Aufwertung» der Berufsbildung gefüllt. Aber niemand wagt es, die zentrale Frage zu stellen: Wäre die Tatsache, dass ein Viertel der Inhaber eines EFZ heute weniger als 5'000 Franken Lohn erhält, nicht eines der ersten Attraktivitätsprobleme, das es anzupacken gilt?

Jahrelang hat die Schweiz de facto eine Lohnzurückhaltung praktiziert, die den Spielraum vieler Haushalte am Monatsende verringert hat. Die Pandemiekrise hat die Reserven vieler Familien aufgebraucht. Reale Lohnerhöhungen sind unabdingbar geworden, um einen Konjunkturreinbruch zu vermeiden und damit eine doppelte Bestrafung derjenigen, die nach dem Kaufkraftverlust auch noch von Arbeitslosigkeit bedroht würden.

Namhafte Lohnerhöhungen müssen durch entschlossene öffentliche Massnahmen ergänzt werden. Nachdem der Bundesrat die Covid-Krise mit einer lobenswerten, wenn auch nicht perfekten Reaktionsfähigkeit bewältigt hat, ist er nun wie betäubt. Vor dem Hintergrund eines Kaufkraftschocks kündigt er eine Steuererhöhung von 2,5 Milliarden Franken an, die das Budget zahlreicher NormalverdienerInnen-Haushalte stark belastet: die Erhöhung der Krankenkassenprämien um durchschnittlich 6.5 Prozent. Keine Abfederung, keine dringlichen Massnahmen. Nichts. Nur ein Keulenschlag. Mit Blick auf den Anstieg der Strompreise liess der Bund seine Beamten den ganzen Sommer über in Arbeitsgruppen arbeiten. Etwa 15 Vorschläge wurden analysiert. Und wieder nichts. Nicht ein einziger Vorschlag wurde berücksichtigt. Der Nationalrat hat sich für eine dringliche Massnahme zur Indizierung der AHV-Renten ausgesprochen sowie für einen guten Gegenvorschlag zur Prämientlastungs-Initiative, die eine Begrenzung der Krankenkassenprämien auf 10 Prozent des Einkommens fordert. Der Bundesrat bekämpft diese Vorschläge und erhält wie üblich die gefügige Unterstützung des Ständerats. Die arbeitende Bevölkerung, die dieses Land am Leben erhält, wird sich selbst überlassen. Die Politik betreibt Nabelschau und richtet ihre ganze Aufmerksamkeit auf das Geschlecht, die Kantonsherkunft und die Familienzusammensetzung der zukünftigen VertreterInnen in dieser abwesenden Regierung.

Derweil folgt eine Krise der anderen und sie werden immer härter. Es gibt einen Krieg, einen beunruhigenden Klimawandel, brutale wirtschaftliche Turbulenzen. Wir verlangen vom Bundesrat nicht, mehr zu arbeiten. Wir bitten ihn, den richtigen Kurs zu setzen. Einfache Dinge zu sagen, wie z. B.: Angesichts einer solchen Krise müssen wir zusammenhalten und uns gegenseitig unterstützen! Diejenigen, die bereits den Schock der vorherigen Krise erlitten haben, können nicht für diese auch noch bezahlen. Die Krankenkassenprämien müssen für Familien und Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen massiv gesenkt werden, die Renten müssen an die tatsächlichen Lebenshaltungskosten angepasst werden und Haushalte und Unternehmen, die es nötig haben, müssen unterstützt werden angesichts der Spekulationsschocks auf dem Pseudo-Strommarkt. Und falls der Staat Mittel benötigt, um diese Massnahmen finanzieren zu können, müssen sie bei denjenigen erhoben werden, die es sich leisten können.